



Ausgabe 14

17. Mai 2011

Inhalt >>>

- > Die Rückkehr der Schlagbäume **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 1
- > Resistenz gegen Antibiotika **Ismail Ertug** 2
- Außenpolitik: auf Theorie muss Praxis folgen **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 2
- > Nehmen wir die Hürde? **Kerstin Westphal** 2
- > Weniger Markt, mehr Anstand! **Ismail Ertug** 2
- Europatag am 9. Mai - Was bringt uns die EU? **Kerstin Westphal** 4
- > Zur Info: Schengen 2
- >>> **Service**
- > Besuchergruppen 4
- > Kontakt 4

Die Rückkehr der Schlagbäume

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Als 1995 die Schlagbäume in der EU fielen, dachte keiner, dass 16 Jahre später über ihre Wiedererrichtung diskutiert werden könnte. Ein Gefühl der Freiheit, der Verbundenheit zwischen einst verfeindeten Völkern, ließen das Schengen-Abkommen zu einem der zentralen Bestandteile europäischer Integration werden. Umso beunruhigender sind aktuelle Debatten, Kontrollen an den Innengrenzen wieder einzuführen.

Als 25.000 tunesische Flüchtlinge Lampedusa erreichten, rief Italien vergeblich um Hilfe. Als es stattdessen Kritik am Krisenmanagement hagelte, bediente sich Berlusconi eines effektiven Tricks: Indem er für 8000 Flüchtlinge ein Schengen-Visum ausstellen ließ, erpresste er sich von den Mitgliedstaaten die Solidarität, die es in der EU-Flüchtlingspolitik nicht gibt. Doch französische Grenzbeamte schickten viele Flüchtlinge wieder nach Italien zurück. Berlusconi und Sarkozy trafen sich zur Beilegung des Streits Ende April und waren sich einig: Schengen müsse entweder aufgehoben oder geändert werden.

Europäische Identität in Gefahr

Damit wurde ein Stein ins Rollen gebracht, der Gefahr laufen könnte, ein weiteres Stück europäischer Identität unter sich zu begraben. Vergangene Woche stimmte das dänische Parlament dafür, Kontrollen an der Grenze zu Deutschland wieder einzuführen - aufgrund der steigenden organisierten Kriminalität aus Osteuropa. Einen Tag später plädierten in Brüssel 15 der 27 europäischen Innenminister für eine Änderung von Schengen, um Ausnahmefälle für Grenzkontrollen zu präzisieren.

Für uns Sozialdemokraten bleibt dabei v.a. eines besorgniserregend: Mitgliedstaaten nehmen die Herausforderungen innerer Sicherheit zum Anlass, einen Grundpfeiler europäischer Identität in Frage zu stellen.

Dabei wird sich durch innere Kontrollen weder etwas an der Flüchtlingsproblematik ändern, noch wird damit Kriminalität im europäischen Raum bekämpft.

Instrumente reichen aus

Wir haben bereits ausreichend Instrumente, wie die verstärkte polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, um der Mobilität von Straftätern entgegen zu wirken. Wir haben Instrumente, die nur umgesetzt werden müssen, wie das überarbeitete Schengener Informationssystem. Seit Jahren arbeiten wir zudem an einem umfassenden Einwanderungspaket. Nicht die Änderung des Schengenvertrages, sondern seine Anwendung und die bestehender Instrumente werden uns weiterbringen.

Schleichender Rückfall in nationalstaatliches Denken

Alles andere ist kurzfristig gedacht und zeigt, wie sehr sich einige wieder in die alte Welt des "souveränen" Nationalstaates zurücksehnen. So wie es scheint, wird der Schlagbaum von 1995 zwar nicht wiederkommen. Aber der schleichende Rückfall in nationalstaatliches Denken - genährt von Verunsicherungen und Ängsten - markiert schon jetzt neue Trennungslinien in vielen Köpfen. Für den Zusammenhalt der Europäischen Union, für die Demokratien und den Frieden in Europa kann das langfristig jedenfalls zu einer bedrohlichen Tendenz werden.

O-Ton

"Entweder wir schaffen das soziale Europa oder das Europa des Gemeinsamen Marktes verliert seinen Zusammenhalt."

Gesine Schwan, in einer Rede vom 15.02.2009

Zur Info >>>

Schengen

Das Schengen-Abkommen wurde 1985 zunächst von Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg auf einem Moselschiff in der Nähe der luxemburgischen Stadt Schengen unterzeichnet.

Das Abkommen trat 1995 in Kraft und regelt die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

Als Ausgleich für die wegfallenden Personenkontrollen an den Binnengrenzen wurde die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit intensiviert (erleichterter Informationsaustausch, gemeinsame Streifen im Binnengrenzraum, Möglichkeiten grenzüberschreitender Observation oder Verfolgung von Straftätern).

Heute nehmen fast alle EU-Mitgliedstaaten daran teil, bis auf Großbritannien, Irland, Zypern, Bulgarien und Rumänien. Schengen steht heute nicht nur für die Abwesenheit von Kontrollen – Schengen ist das, was die europäische Identität für jeden erlebbar macht, der zum Urlaub oder Einkauf, zum Besuch von Freunden oder zum täglichen Arbeiten ins Nachbarland über unsichtbare Grenzen geht.

Resistenz gegen Antibiotika

Durch die Aufnahme von Antibiotika über Nahrungsmittel werden Tiere und Menschen resistent gegen den Wirkstoff – eine Errungenschaft der Medizin wird so langsam unwirksam. Allein in der Europäischen Union sterben jährlich 25.000 Menschen an Infektionen durch resistente Keime. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments treten einer weiteren Zunahme von Antibiotikaresistenz entschlossen entgegen.

Neben einem verantwortlichen Antibiotika-Einsatz in der Humanmedizin fordern wir auch einen angemessenen Umgang mit antimikrobiellen Mitteln in der Nutztierhaltung. Einen entsprechenden Entschließungsantrag verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg am Donnerstag mit großer Mehrheit.

Antibiotika für Nutztiere müssen möglichst vermieden werden und dürfen weder routinemäßig noch vorbeugend eingesetzt werden. Strengere Kontrollen allein aber reichen nicht aus. Antibiotika müssen auch vermeidbar werden. Dafür müssen alternative Methoden, beispielsweise der Einsatz von Homöopathie und Phytotherapie, durch Investitionen in Forschung und die Vernetzung von Wissen beschleunigt werden. **IE**

Außenpolitik: auf Theorie muss Praxis folgen

In der vergangenen Woche haben wir mit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, über grundlegende Aspekte der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik debattiert. Thema waren dabei auch die Unruhen in der arabischen Welt.

Wir SPD-Europaabgeordneten begrüßen die klaren Worte der Hohen Vertreterin. Die Sanktionen gegenüber Syrien, wie etwa das Reiseverbot und das Einfrieren des Vermögens von Regierungsvertretern sowie das Aussetzen der Verhandlungen für ein Assoziierungsabkommen, sind konkrete und wichtige Schritte. Besonders positiv ist der Vorschlag, ein Büro in Bengasi zu eröffnen, um die

libysche Zivilgesellschaft vor Ort unterstützen zu können. Die Zusicherungen an Ägypten und Tunesien, sie nach Kräften auch wirtschaftlich bei der Neustrukturierung zu unterstützen, sind ein weiterer Schlüsselpunkt der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik.

Entscheidend ist nun, dass den Ankündigungen auch Taten folgen und sich die 27 EU-Außenminister geschlossen hinter Ashton stellen. Eine Enthaltung wie Deutschland sie im Weltsicherheitsrat bei der Libyen-Resolution präsentierte, darf jedenfalls keine Schule machen. Wir Sozialdemokraten werden Ashtons Vorschläge und deren konkrete Umsetzung nach Kräften unterstützen.

WKD

Nehmen wir die Hürde?

Historisch begründet lastet stets der schwere Atemhauch von Weimar auf der sog. 5%-Hürde. Diese verhindert in Deutschland, dass Parteien, die unter 5% der abgegebenen Stimmen erhalten, in die Parlamente einziehen. Grund dafür war und ist, dass bei einer großen Vielzahl von Parteien bzw. Einzelmandaten eine Meinungsbildung in den Parlamenten nur schwer möglich ist - die in Weimarer Zeit stattgefundene Zersplitterung und Funktionsunfähigkeit der demokratisch wichtigsten Institution droht.

Anhörung vor dem BVerfG

In der Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 3. Mai versuchten die Karlsruher Richter von den geladenen Europaparlamentariern nun genau das herauszufinden: Wird das EP handlungsunfähig, wenn diese Sperrklausel kippt? Anlass für diese Frage ist ein zurzeit vor dem BVerfG anhängiges

Verfahren gegen die Sperrklausel.

Bundestag vs. EP

Die Beschwerdeführer argumentieren u.a., dass die Einschränkung der Wahlfreiheit durch die 5%-Hürde nicht gerechtfertigt sei, da das EP keine Regierung wählt, wie der Deutsche Bundestag etwa.

Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament meinen aber, dass die 5%-Hürde sehr wohl gerechtfertigt ist. Eine Rückbindung an unsere nationalen Parteien wird sehr schwer, wenn die Klausel fallen sollte. Diese Rückbindung verlangt nämlich auch eine deutliche Präsenz und Parteienstärke hier in Straßburg und Brüssel. Sie verhindert die eingangs erwähnte Zersplitterung der Meinungen, die durch Parteien mit Fraktionsstärke gebündelt werden können. Demokratische Institutionen müssen schließlich funktionieren. **KW**

Weniger Markt, mehr Anstand!



Im März scheiterten die Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat für ein Verbot der Klontechnik und zur Kennzeichnung von Klonfleisch. Damit bleibt die seit 1997 geltende und völlig veraltete Verordnung für neuartige Lebensmittel in Kraft, eine klare Ablehnung von Klontechnik bleibt Zukunftsmusik. Bisher wird beispielsweise aus den USA importiertes Fleisch nicht markiert und kann so von Verbrauchern nicht erkannt werden. Für das Scheitern der Verhandlung ist der Rat der Wirtschafts- und Agrarminister der EU verantwortlich

zu machen. Wir Sozialdemokraten forderten nun in der parlamentarischen Debatte vergangenen Mittwoch die Kommission dazu auf, neue gesetzliche Regelungen für den Umgang mit Klontieren vorzulegen. Milch und Fleisch von gentechnisch veränderten Tieren und deren Nachfahren müssen verboten werden, mindestens aber gekennzeichnet.

Als deutsche Sozialdemokraten fordern wir die Bundesregierung – allen voran Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner und den neuen Wirtschaftsminister Philipp Rösler – auf, endlich tatsächlich für Verbot und Kennzeichnungspflicht einzutreten. Denn Rainer Brüderle und Ilse Aigner haben bisher ihre vollmundigen Anti-Klon-Versprechen, und damit den Willen der Mehrheit der Deutschen, am Verhandlungstisch des Rates ignoriert! Wir fordern: Weniger freien Markt, mehr ethischen Anstand. **IE**

Europatag am 9. Mai - Was bringt uns die EU?

wer seine rechte kennt ...
... kann sie nutzen



9. mai europatag

Startschuss mit der Schuman-Erklärung

Am letzten Montag haben wir den Europatag gefeiert. Grund für diesen Termin ist der mutige Vorstoß eines ehemaligen französischen Außenministers: Am 9. Mai 1950 unterbreitete Robert Schuman seinen Vorschlag für ein Vereintes Europa als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und Völkern.

Dieser Vorschlag wurde als "Schuman-Erklärung" bekannt und gilt als Grundstein der heutigen Europäischen Union. Indem europäische Großmächte „ihre wirtschaftliche Grundproduktion zusammenlegen“, so heißt es in dem Vorschlag, werde die Grundlage für den Erhalt des Friedens in Europa geschaffen. 1985 wurde beschlossen, zur Erinnerung an dieses wichtige Ereignis am 9. Mai den Europatag zu feiern, mit zahlreichen Veranstaltungen und Festlichkeiten.

Wenn wir jetzt, mehr als 60 Jahre nach der Schuman-Erklärung, den Europatag feiern, können wir auf eine lange Zeit voller Frieden, Freiheit und Wohlstand zurückblicken. Die Generation unserer Eltern fand es großartig, dass Frankreich vom potenziellen Feind zum Partner geworden ist.

Bayern profitiert

Wir Bayern sind froh, dass unsere tschechischen Nachbarn jetzt ebenfalls europäische Partner sind. Und wir finden es mittlerweile selbstverständlich, für ein Wochenende in Österreich nicht mehr bei der Bank Schillinge wechseln zu müssen.

Erfolgsgeschichte à l'europe

Die EU ist eine Erfolgsgeschichte, auch wenn das nicht immer deutlich wird.

Zahlen, nach denen nur noch 41% der Deutschen Europa als unsere Zukunft sehen, sind zwar nur eine Momentaufnahme, müssen uns aber dennoch skeptisch stimmen. Deswegen sollten wir auch immer wieder an konkrete Fortschritte erinnern, beispielsweise im Verbraucherschutz oder beim Schutz der Umwelt.

Besserer Schutz für VerbraucherInnen

Die EU hat dafür gesorgt, dass die Roaming-Gebühren deutlich gesunken sind. Ab dem 1. Juli 2011 darf ein Gespräch aus dem EU-Ausland nach Deutschland maximal 35 Cent pro Minute kosten. Vor wenigen Jahren waren es noch bis zu 3 Euro! Mobilfunkanbieter hatten gegen die EU-Regeln geklagt, aber die Klage ist abgewiesen worden.



Demnächst wird es außerdem einheitliche Ladegeräte für Handys geben - jeder kennt das ja, wenn man sein Ladegerät vergessen hat, und der Partner hat ein anderes Handy, und das Kabel ist nicht kompatibel. Nebenbei können wir dadurch auch viel Elektroschrott einsparen, wenn man nicht mit jedem neuen Handy auch ein neues Kabel braucht. Nur durch den gemeinsamen Druck der EU haben die Handy-Hersteller hier nachgegeben.

SWIFT-Abkommen

Das Europäische Parlament hat den Schutz von Bankkunden gestärkt. Bei den Verhandlungen zum SWIFT-Abkommen zur Übertragung von Bankkunden-Daten an die USA haben wir - angeführt übrigens von Sozialdemokraten - "nein" gesagt. Wir konnten dann mehr Datenschutz für die Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

Klimawandel macht vor keiner europäischen Haustüre halt

Der Klimawandel macht nicht an Ländergrenzen halt. Die EU hat niedrigere Abgaswerte bei Autos durchgesetzt - bei Motorrädern arbeiten wir gerade daran. Auch hier gilt: Nur durch gemeinsames europäisches Vorgehen können wir die Hersteller zwingen, sauberere Fahrzeuge herzustellen. Seit 2010 sind die Vorschriften für die Einfuhr von Holz nach Europa verschärft worden, so dass nur noch Holz aus legalem Einschlag nach Europa kommt. So können wir helfen, die illegale Abholzung des Regenwaldes zu bekämpfen.

Das Thema Atomkraft bewegt die Menschen. Auch hier müssen wir gemeinsam europäisch handeln. Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass wir in Deutschland und in ganz Europa in die Energiewende einsteigen müssen, und dass sie machbar ist.



Klischees überwinden

Wir müssen immer wieder deutlich machen, was Europa uns allen im Alltag bringt. Dazu zählt auch, mit Klischees aufzuräumen. Die legendäre "Gurken-Verordnung" zur Krümmung der Gurke ist ein gutes Beispiel: Diese Regelung wurde nämlich schon 2008 abgeschafft. Und zwar gegen den Widerstand - man höre und staune - von 16 Mitgliedstaaten! Auch Deutschland war lange Jahre für diese Regelung und hat erst 2008 seine Meinung geändert.

Europa kann nur dann ein Erfolg werden, wenn die Menschen mitmachen. Gerade der Europatag ist ein guter Anlass, dies zu betonen. Rechte und nationalistische Kräfte wollen diesen Erfolg nicht und versuchen, mit Halbwahrheiten oder falschen Behauptungen Europa schlecht zu reden. Wir müssen aufpassen, dass wir uns unser Europa nicht von Ewiggestrigen und Populisten kaputt machen lassen.

KW



Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel >>>



Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Oberbayern und Schwaben waren vom 08. – 10.05.2011 der Einladung von **Wolfgang Kreissl-Dörfler** gefolgt, die Plenarwoche des Europäischen Parlaments aus der Nähe zu erleben. Nach fachkundig geführten Ausflügen ins Elsass und in Straßburg sowie einem Besuch des Europarats, der keine Institution der EU ist, war der Höhepunkt der Reise ein Besuch des Europäischen Parlaments. Während eines angeregten Gesprächs mit dem Abgeordneten zu Themen wie die Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise, die Aufstände im arabischen Raum und Nordafrika und das daraus entstandene Flüchtlingsproblem sowie das EU-Vergaberecht u.v.m. konnten die Teilnehmer sich ein Bild von der mittlerweile großen Bedeutung der Arbeit des Parlaments machen. Anschließend wohnten sie der Plenarsitzung bei, in der es um die Entlastung des EU-Haushalts 2009 ging und in der Silvana Koch-Mehrin ihre wohl letzte Sitzung des EP leitete.



Auf Einladung von **Kerstin Westphal** besuchten 42 Studentinnen und Studenten des Instituts für Fremdsprachen und Auslandskunde für Fremdsprachen der Universität Erlangen-Nürnberg das Europäische Parlament in Straßburg. Nach einem Blick in den Plenarsaal, in dem gerade die Entlastungen des Europäischen Haushaltes abgestimmt wurden, stand ihnen Wolfgang Kreissl-Dörfler Rede und Antwort. Kerstin Westphal war krankheitsbedingt verhindert und ließ sich von ihrem bayerischen Kollegen vertreten. Die Haushalts- und Finanzkrise war ebenso Thema wie Entwicklungspolitik und die Wahl in Finnland.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD) Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,
 und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

Europabüro:
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29
eder@kerstin-westphal.de augustin@kerstin-westphal.de

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
europabue-ro@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Maria von Stern Katja Reitmaier
 Sebastian Reiter

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00-14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Bürozeiten:
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr: 8.00-15.00 Uhr